



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Wirtschaftspolitik, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck  
Tel: 0800/22 55 22, Fax: +43 512 5340-1459  
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundesarbeitskammer  
Prinz-Eugen-Straße 20-22  
1040 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2021/4163/DORI/IT  
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Dr. Domenico Rief

DW: 1455

Innsbruck, 29.12.2021

Betrifft: ESF Strukturfondsperiode 2021 - 2027

Bezug: Ihr Schreiben vom 23.12.2021  
zust. Referent: Mag. Silvia Hofbauer

Sehr geehrte Frau Mag. Hofbauer,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol begrüßt alle im Entwurf des „ESF+ Programms Beschäftigung 2021-2027“ festgelegten Prioritäten und Ziele. Angesichts der Bedeutung der Themen wie Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, Gleichstellung von Frauen und Männern, aktives und gesundes Altern, Bekämpfung von Armut und Förderung der aktiven Inklusion, Verringerung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung etc. bedauern wir jedoch, dass die finanzielle Ausgestaltung des ESF+ Fonds für Österreich nochmals deutlich geringer ausfällt als in der vergangenen Strukturfondsperiode 2014-2020. Angesichts der Steigerung der Mittel für Österreich im EFRE-Fonds um über € 200 Mio und der mehr als zehnfach höheren Dotierung des landwirtschaftlichen ELER-Fonds im Vergleich zum ESF+ (€ 4,1 Mrd. im ELER versus € 409 Mio. im ESF) ist die Schwerpunktsetzung der österreichischen Bundesregierung im Zuge der Strukturfonds-Verhandlungen auf EU-Ebene deutlich erkennbar und aus Sicht der AK Tirol klar zu kritisieren.

Die dringlichsten Herausforderungen im Hinblick auf die Bewältigung der Coronakrise sehen wir nämlich am Arbeitsmarkt. Gerade auch in diesem Bereich sollten EU-Gelder in ausreichendem Ausmaß für die arbeitende Bevölkerung zur

Verfügung stehen. Auch mittels einer fairen Verteilung der EU-Gelder auf alle Teile der Bevölkerung und nicht einer so dominanten Fokussierung auf die Landwirtschaft könnte die Akzeptanz der Europäischen Union in Österreich erhöht werden, wenn erkannt wird, dass sich die EU nicht nur für die Unternehmerseite (im regulatorischen Bereich, Stichwort Grundfreiheiten) und den Agrarsektor (im Förderbereich) einsetzt.

Es liegt nun an der österreichischen Bundesregierung, ausreichend nationale Mittel im Sozialbereich bereitzustellen, um die im ESF+ Programm dargelegten Ziele und Prioritäten in Österreich auch tatsächlich erreichen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner